

BÄCKER-ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28, I.

Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ
der Central-Kasse und Sterbekasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Uliengasse 12.

Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Hierzu eine Beilage!

Achtung! Verbandsmitglieder!

Die Unterzeichneten, Vorstand und Ausschuss des Verbandes, sehen sich veranlaßt, den Mitgliedern und Verwaltungern der Mitgliedschaften folgenden, gemeinsam gefassten Beschluss zu unterbreiten:

"Zur Deckung der Kosten des Verbandstages (nach dem Statut hat jetzt die Hauptklasse die Delegationskosten zu tragen), wie zur Stärkung des Streifkonds — denn auch für dieses Jahr stehen uns eine Anzahl Lohnbewegungen und Streiks bevor —, ferner um den Verbandsvorstand in die Lage zu versetzen, besonders angesehens der drohenden Verschlechterung des Maximalarbeitsstages die Agitation unter den uns noch fernstehenden Kollegen in intensiver Weise zu betreiben, sind im Februar und März pro Mitglied je 80 Pf. Extrasteuer zu erheben.

Dieselben werden im Mitgliedsbuch in den seitlich stehenden Rubriken für Streifbeiträge durch zwei Streifmarken à 80 Pf. quittiert.

Der Ertrag dieser Extrasteuer ist voll an die Hauptklasse abzuliefern. Einzelmitglieder der Hauptklasse haben bei Sendung der Beiträge für Februar und März je 80 Pf. mehr einzuzahlen.

(Streifmarken à 80 Pf. sind, bereit zu zugesandt.)

Auf dem Verbandstage in München war beschlossen, vierteljährlich 20 Pf. Extrasteuer zu erheben zur Deckung der Agitationsausgaben, Hilfeunterstützung und Delegation zum Verbandstage. (Da ahnte jedoch noch kein Delegirter, daß die Agitation solchen Umsatz annehmen würde.)

Durch die Extrasteuer hat die Hauptklasse im letzten Jahre 2279,60 M. eingenommen, ausgegeben wurden dagegen für Hilfeunterstützung 1014.— M., für Agitation durch den Hauptvorstand 864,61 M., für Agitation durch die Agitationskommission 2310.— M., zusammen 4368,61 M. Also dreimal soviel als für diese Zwecke eingenommen, ist darüber veransagt worden.

Infolge der Vergnügung des Verbandes wird der nächste Verbandstag voraussichtlich von 45 Delegirten besucht sein und verursacht der Hauptklasse eine Ausgabe von 3200—3500 M. Um aber nach dem Verbandstag zu intensiver Agitation wie auch zu den voraussichtlich stattfindenden Lohnbewegungen gerüstet zu sein, darf die Hauptklasse nicht derartig geschwächt werden.

Verbandsmitglieder! Außergewöhnliche Leistungen werden jetzt von Euch verlangt, die Ihre Ursache in der Bedrohung des winzigen bürgerlichen Bäckerhandels haben, deshalb thue jeder Mitglied seine Pflicht.

Der Verbandsvorstand: Der Ausschuss:
D. Altmann, Vorsitzender. Heinr. Gassner, Vorsitzender.

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenunterstützung.

Von Brutus.

I.

Im zwanzigsten Kapitel des Matthäus-Evangeliums wird uns von einem Weinbergsbesitzer erzählt, der Arbeiter für seinen Weinberg suchte. Als er auf den Markt ging und dort Arbeiter herumstehen sah, sprach er zu ihnen: "Was steht Ihr hier den ganzen Tag müßig?" Sie aber antworteten: "Es hat uns Niemand gedungen!" Diese Worte kommen uns stets in den Sinn, wenn wir die moderne Arbeitslosigkeit betrachten.

Wie ein dräuendes Schredgespenst, so steht die Arbeitslosigkeit vor dem Angesichte eines jeden Arbeiters. Mag er auch heute noch in Arbeit sein, wer weiß, ob er nicht in den nächsten Tagen auf dem Pflaster liegt. Ober wer möchte sich vermessen, seine Stellung für eine lebenslängliche zu halten?! Bald tritt Arbeitsmangel ein, bald will der Unternehmer seinen Betrieb verändern, bald gerät er in eine Differenz mit seinem Gesellen und plötzlich ist das Verhältnis gelöst — der Arbeiter fliegt hinaus auf die Straße. Diese Unsicherheit der Existenz charakterisiert die wirtschaftliche Lage des heutigen Arbeiters; sie ist es, die ihm die Freude am Leben verdarb und ein sorgenfreies Dasein nicht aufkommen läßt. Vielleicht schlimmer noch als niedrige Löhne drückt die unsichere Arbeitsgelegenheit den Menschen in den Sumpf der Hoffnungslosigkeit. Man erzählt, daß Damokles, ein Tyrann des Alterthums, seine Feinde zu Tisch einlud und sie an reichlich besetzter Tafel schmausen

ließ. Aber — o Schreden! — über ihren Köpfen hing an dünnem Faden ein scharf geschliffenes, blühblanc Schwert, welches jeden Augenblick herabzufallen und die Armen zu zerstören drohte. Die Arbeitslosigkeit ist das Schwert des Damokles, welches dräuend über dem Haupte des modernen Arbeiters hängt. Gerade jetzt, im Winter, ist die Zeit, in welcher die Notth in die Hütten der Arbeiter eindringt und grinsend im Winkel hockt und nicht weichen will. Die "arbeitslose, die schredliche Zeit" ist hereingebrochen.

In dieser Beziehung ist der moderne Arbeiter viel schlimmer daran, als der Sklave des Alterthums oder der Leibeigene des Mittelalters. Der alte, abgearbeitete Sklave bekam in den allermeisten Fällen von seinem Herrn das Gnadenbrot und wurde zu allerlei kleinen Dienstleistungen verwendet; ist ein Proletar heutzutage alt und arbeitsunfähig geworden, so hat sein Arbeitgeber seinerlei Verpflichtung mehr gegen ihn, er wirft ihn einfach fort wie eine ausgepreßte Zitrone. Dies ist auch ganz natürlich und erklärlich. Das Verhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter ist ein ganz anderes und beruht auf ganz anderen wirtschaftlichen Grundlagen als dasjenige zwischen Herrn und

Sklaven. Ein schlimmes Uebel als der Tod
Des besten Freunde ist die Notth;
Sie läßt nicht sterben und nicht leben,
Sie streift das Lebens Blüthe ab,
Streift, was uns Liebliches gegeben
Von Herzen und Gemüthe ab.

Wer von den Kollegen hätte es noch nicht selbst empfunden, wie es dem Menschen zu Muthe ist, wenn er arbeitslos herumlungern muß, wenn er vergeblich von Thür zu Thür irrt und nirgends Arbeit finden kann! Eine duarpe Hoffnungslosigkeit legt sich ihm auf die Brust und erschlägt alle Lebensfreude; manch einer auch von den Arbeitslosen sinkt für immer hinab ins Verderberthum und ins Quäppenproletariat.

Hiervon hat der Unternehmerproz mit seiner kalten, zahlungsfähigen Moral gar keine Ahnung. Er redet noch immer von den "faulen, arbeitschauen Bummeln", die sich lieber von den Bettelgroschen ernähren, als daß sie ihre Glieder bewegen; er betet noch immer den alten Spruch nach: "Wer Lust hat zum Arbeiten, der kann Schleißer machen".

Sklaven, so entstand ihm ein materieller Schaden, denn er mußte sich einen neuen Sklaven kaufen, was ihm Kosten verursachte. Darum schonte er seinen Sklaven und behandelte ihn im Allgemeinen gut, gerade wie dies ein moderner Unternehmer mit seinen Pferden und Maschinen auch tut. Die Lage des Sklaven war — allen Schouergeschichten zum Trotz — ziemlich erträglich, abgesehen natürlich von der persönlichen Unfreiheit desselben.

Das ist heute ganz anders geworden. Das Verhältnis zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter beruht auf dem Kauf und Verkauf der Waare Arbeitstrafe, es ist völlig unpersonlich und enthebt jeglichen moralischen oder gemütlischen Zusammenhangs. Ist die Arbeitstrafe des modernen Lohnslaven erschöpft, vielleicht durch Raubbau des Kapitalisten vorzeitig erschöpft, so ist das Verhältnis zu Ende, die Waare ist nicht mehr vorhanden, der Kapitalist findet bei seinem ehemaligen Arbeiter nichts mehr auszubauen — was für ein Interesse sollte er also noch an ihm nehmen? Sie sind eben geschiedene Leute, er mißhet sich einen neuen Arbeiter und benutzt dessen Arbeitstrafe, bis auch diese erschöpft ist.

Ganz ebenso verhält es sich, wenn 'n der Produktion Stodungen eintreten, d. h. wenn der Kapitalist wegen Mangel an Absatz oder Aufträgen seine Produktion einschränken muß. Jetzt hat er Überfluss an Arbeitsträsten, er wählt sich die passendsten aus, die anderen entläßt er — mögen diese Leichteren seien, wie sie über die schwere Zeit hinwegkommen! Mögen sie betteln, vagabundiren, verhungern — was kümmert's ihn, den Herrn Kapitalisten? Er persönlich hat ja auch gar keine Schuld, was soll er mit Waaren — den Arbeitsträsten —, für welche er keine Verwendung hat? Ebenso wenig wie der Eskimo künstliches Eis oder der Bewohner der Equatorialgegenden Pelzmäntel und Muffs gebrauchen kann, ebenso wenig kann der Kapitalist Arbeitsträste gebrauchen, wenn er für sie keine Beschäftigung hat. Und was ist die Folge dieser ökonomischen Verhältnisse? Die Arbeiter fliegen schaatenweise aufs Pflaster.

Der Sklavenhafter konnte seine Sklaven nicht entlassen; er mußte sie in den Zeiten des Arbeitsmangels einfach durchfüllen, damit er sie demnächst, wenn wieder Arbeit vorhanden war, benutzen könnte. Die Arbeitslosigkeit war also ein Vortheil für den Sklaven, wie ja noch bis vor wenigen Jahrzehnten für das ländliche Gesinde der Winter eine Zeit verhältnismäßiger Ruhe war, gewissermaßen "die Ferien" der Leute. Der moderne Lohnarbeiter, welcher gezwungen ist, Ferien zu machen, empfindet dieselben nicht als eine Wohlthat, er fürchtet sich vor ihnen wie vor einem drohenden Unglück.

Daher ist die Arbeitslosigkeit das größte Unglück für den modernen Proletarier und der Dichter Friedrich Bodenstedt hatte wohl Recht, wenn er mit Bezug auf sie die Verse niederschrieb:

keine Arbeit bekommen können. Diese "Reservearmee des Proletariats", wie man die überschüssigen, arbeitsfähigen und arbeitswilligen aber arbeitslosen Proletarier genannt hat, macht sich in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sehr unliebsam bemerkbar; sie bevölkert die Landstrassen, drängt sich an den Arbeitsnachweisen und schwält oftmals zu einer erschrecklichen Höhe an. Der in Arbeit stehende Proletar fühlt instinktiv deren unheimliche Konkurrenz und auch die Bourgeoisie betreut sich unwillkürlich, wenn dieses Massenelend, in Lumpen gehüllt, auf der Bildfläche erscheint.

Da ist es denn kein Wunder, daß sich von allen Seiten Stimmen erheben, welche die Beseitigung oder wenigstens die Milderung der Massen-Arbeitslosigkeit fordern. Es will uns allerdings bedünnen, als wenn die Vertreter des Unternehmergebiets in dieser Hinsicht nicht ganz ehrlich seien. Die Arbeitslosigkeit ist, dem Wesen der heutigen Produktionsweise entsprechend, für das Kapital nicht einmal unerwünscht, so sehr es auch das Gegenteil heuchelt und nach Beseitigung schreit. Das Kapital bedarf nämlich einer industriellen Reservearmee, eines Heeres von Arbeitslosen, und zwar einerseits zu dem Zweck, um den aktiven Arbeitern den "Großmachtshof und die Emanzipationsgelüste" aufzuteilen, wovon Streiks und Aussperrungen genügende Beispiele bieten. Sobald das Proletariat eine Verbesserung seiner Lage erstrebt, läßt das Kapital das Heer der Arbeitslosen antreten und der kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken fallen. Andererseits muß das Kapital in der Reg. sein, bei jedem Geschäftsaufschwunge verwendbare "Hände", denen es an Arbeit mangelt, auf dem Arbeitsmarkt in großer Zahl vorzufinden, um sie späterhin einfach wieder abzustellen. Es macht hierbei von dem Rechte eines jeden Käufers Gebrauch, der auf dem Markte oder in einem Laden mehr Waaren vorfindet, als er kaufen will. Jede Käufe will Auswahl haben, wenn er ein Stück zum Beispiel erwirkt, unbekümmert darum, ob der Verkäufer im Stillen flucht über den wohlerlichen Kunden und bei jeder Inventuraufnahme eine beträchtliche Anzahl alter, unverlässlicher "Ladenhüter" vorfindet. Diese "Ladenhüter" sind auf der Arbeitsmarkte eben die Arbeitslosen.

Daher strebt die bürgerliche Volkswirtschaft nicht nach radikaler Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur nach Milderung ihrer wirtschaftlichen Nachtheile. Alle Mittel, welche im Rahmen der heutigen Gesellschaftsbildung angebracht erscheinen: Regelung des Arbeitsnachweises, Einführung einer Arbeitslosenunterstützung usw. können nur einige Begleiterscheinungen dieses Grundübels der heutigen Produktionsweise beseitigen, niemals aber das Uebel selbst. Auch der beste Arbeitsnachweis kann keine Arbeitsgelegenheit schaffen, wenn keine vorhanden ist, auch die höchste Arbeitslosenunterstützung kann die regelmäßige, lohnende Arbeit

nicht erscheinen, es sind und bleiben Passivmittel. Eine stabile Abschaffung der Arbeitslosigkeit kann nur durch eine stabile Umänderung der heutigen Produktionsweise herbeigeführt werden, wie sie der Sozialismus vorschlägt. Der Sozialismus will die Welt nicht zurückdrücken und in reaktionäre Bahnen lenken, er will sie vielmehr vorwärts bringen; er will die Errungenschaften und Segnungen der verbesserten Produktionsweise, die Errungen und die Fortschritte auf maschinellem und technischem Gebiete nicht über Bord werfen und nach altherkömmlicher Weise zur Zerstörung zurückkehren, o nein, er will die Vorteile der Kulturrevolution allen Menschen zu Gute kommen lassen. Und dies kann nur durch eine soziale Umwälzung erreicht werden. Doch wird diese Umgestaltung des heutigen kapitalistischen Produktionsweises in eine sozialistische schwere Kämpfe erfordern und eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Sollen wir bis dahin die Hände in den Schoß legen und thatenlos zuschauen? Sollen wir Alles der Entwicklung onheimstellen und uns damit trösten, daß wir allmälig in die sozialistische Gesellschaft hineinwachsen? Niemals! Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn das Proletariat seine Würde ausschließlich in die Zukunft richten würde nach dem großen Ziele, der hochragenden Zinne der sozialistischen Zukunftsgesellschaft, um darüber die Gegenwartarbeit zu vergessen. Gerade die Gewerkschaften sind berufen, die wirtschaftliche Kleinarbeit zu verrichten und das System der Passivmittel wieder in Ehren zu bringen. Speziell das Geplänkt der Arbeitslosigkeit verliert seine Schrecken, wenn die Kollegen eines Gewerbes einen kräftigen Bund bilden und Mann an Mann zusammenstehen. Sie können durch Versicherung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes die Konsumfähigkeit steigern und dadurch die Produktion anregen; sie können durch Beseitigung der intensiven, die Arbeitskraft ruinierenden Schuftei in den Werkstätten für andere Kollegen Arbeitsgelegenheit schaffen; sie können den Verleih mit dem Arbeitsmarkt in gerechte Bahnen bringen und sie können endlich durch eine Unterstützung der Arbeitslosen das Elend mancher Kollegen lindern und ihn vor dem Hinabfallen in Pauperismus und Hoffnungslosigkeit schützen.

Über das letztere Mittel und dessen Bedeutung für den gewerkschaftlichen Kampf werden wir in einem zweiten Artikel reden.

Gewerkschaftsunterstützung und Sonntagsruhe.

Die Arbeitslosen zu unterstützen, wäre eigentlich eine der heiligsten Pflichten unseres Staates. Aber dem Vater Staat machen unartige Heidentinder mehr zu schaffen als die hungernden Arbeitslosen im eigenen Staat. Daher steht es jedem Arbeitslosen, selbst anzunehmen, "Was ich aus Herausforderungen nehmen will, so will ich nicht mit neuen Herausforderungen belastet werden." Wenn man die Arbeitslosen unterstützt, dann ist bald eine soziale Unterhaltung, wie sie in Art. 1 unseres Blattes geschildert wird, für die richtige Form. Freilich geht uns das nun ab, daß die Innungen die Arbeitsnachweise an sich gerissen haben und wie daher nicht in der Lage sind, durch eine genaue Kontrolle, wie sie sich in diesem Falle gehörte über die Arbeitslosigkeit unserer Kollegen von vorher gegangenen Jahren vorgenommen, daß wir auf Grund einer genauen Statistik unsere Unterstützung so einrichten könnten, daß wir in jeder Hinsicht der Mitglieder gerecht werden und wir mit fester Sicherheit in die Zukunft schauen könnten.

Indes steht aber das Eine fest, nämlich, daß wir die Unterstützung während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit für den einzelnen Kollegen nicht gewähren können. Nun soll diese Einrichtung auch den Zweck haben, die Kollegen im Betrachte festzuhalten und neue Mitglieder zu gewinnen; daher muß auch die Beitragsleistung wohl erwogen werden.

Die Kollegen in den Großstädten, welche meistens einen verhältnismäßig höheren Saarlohn bekommen, würden für die Unterstützungsclasse 10 Pf. pro Woche leisten entrichten können, als die Kollegen in den Kleinstädten, wo man jeden Groschen erst umbringt, ehe man ausgibt. Allzu hohe Beiträge würden diese Kollegen vom Verbaude abschrecken. Nach meiner Ansicht wären 25 Pf. monatlich außer den jetzt üblichen Beiträgen genügend. Aber, wird man jetzt sagen, wir haben in Zukunft höhere Verwaltungskosten. Sehr richtig! Ich will unserem Verwaltungsförster ganz und gar nicht zu nahe treten. Denn unsere Verbandsleitung hat sich bisher bewährt; hauptsächlich in Bezug auf pünktliche Geschäftsführung. Aber eines möchte ich doch vermerken: Das Anstellen von 2 oder 3 Beamten in unserer Verbandsleitung und die damit verbundenen Rechnungsausgaben halte ich durchaus für unnotig. Denn von einem höheren Gesichtspunkte aus betrachtet, läßt sich auch für billigere Mittel weit Besseres für den Verband erreichen. Dieses bloss für heute; in einem anderen Artikel wird später davon nach die Rede sein.

Die Sonntagsruhe ist in organisatorischer Hinsicht nicht so wichtig, wie die Arbeitslosenunterstützung; aber dafür ist eine Regelung derselben in manchen Städten dringender. Mir scheint es, als bestimmen jedem Bundesstaat darüber andere Bestimmungen. In Hamburg soll die Sonntagsarbeit die Dauer von zehn Stunden nicht überschreiten. Aber ganz verblüfft war der Kollege beim, wenn ihm sein Meister 12-13 Stunden und sogar darüber hinaus beschäftigt, und zwar mit einer Sicherheit, die Bewunderung hervorruft. Gern kann man an die richtige Schmiede, um sich zu befragen, dann erhält man zur Antwort, daß die Bestimmung über die Sonntagsruhe erst um 12 Uhr Samstagnachts in Kraft treten und man den Arbeitgeber zwangsweise überredet der Sonntagsruhe belangen kann, wenn er nicht länger als bis 10 Uhr Vormittag arbeiten läßt. Wenn er aber mehrere Stunden vor 10 Uhr zu arbeiten anfangt läßt, so ist das eben Sache des Bädermeisters. Hier wäre es gewiß dringend nötig, auf gezieltem Wege Abhilfe für diesen Missstand zu schaffen, oder uns einen freien Tag vor der Woche zu erkämpfen. Die übermäßig lange Arbeitszeit an den

Sonntagen kommt eines Theils von dem oft noch sehr üblichen Schwarzbrotbacken, anderen Theils soll diese lange Arbeitszeit auch dazu dienen, dem Gesellen zu zeigen, daß er immer noch eine Nr. 2 ist, obwohl kein vernünftiger Mensch ein warmes Schwarzbrot verlangt, und die Haupttheile hätte ich hier bald vergessen: solche Feuer wollen eben durchaus nicht aus dem alten Schuhchen heraus. Hoffentlich wird nach diesen beiden Erörterungen auf unserem Verbandstage nur Gutes geschaffen.

Sitzungsbericht.

Eröffnung. Die Mitgliederversammlung vom 13. Januar unter der Vorsitzenden Kollegen Bartels, das Wort. Danach folgten eine außerordentliche und 12 ordentliche Mitgliederversammlungen stattgefunden. Außer diesen noch zwei öffentliche Versammlungen. Den Rassendbericht erstattete Koll. Strehmel vom letzten Quartal und dann den Rassendbericht zum ganzen Jahr. Demselben wurde auf Antrag Decharge gestellt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Freiberger. Es wurden in den Vorstand gewählt: Kollege Kardinal als erster Vorsitzender, Kollege Steier als zweiter Vorsitzender, Kollege Steier als erster Kassier, Kollege Hegele als zweiter Kassier, Kollege Westermann als erster Schriftführer, Kollege Dahl als zweiter Schriftführer und als Revisoren die Kollegen Funke und Bartels. Zum Zeitungsvertrage wurde ebenfalls Kollege Funke gewählt. Der selbe wohnt in Gütersloh und beim Bädermeister Heinrich Rogg als Kämper, Engelsdorfer Straße 63. Die Zeitungserfügung wird wie bisher vom Verleger ausbezahlt. Zum fünften Punkt wurde ein Antrag Bartels auf Bewilligung vor 15 M. für Agitationsspende mit großer Majorität angenommen. Auf Antrag des Kollegen Freiberger wurde auch die Petition auf die Tagesordnung gesetzt und eine Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Kardinal, Strehmel und Steier. Den Agitationsbericht erstattete Koll. Bartels in kurzen Zügen. Unter Verschiedenem machte der Vorsitzende die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Mitglieder am 26. Januar ihr diesjähriges Stiftungsjahr abhält und die Kollegen hierzu herzlich eingeladen sind. Sodann entspann sich eine lebhafte und langwierige Debatte über die Missstände in den Bäderen, an der sich eine ganze Anzahl Kollegen beteiligten. Ein vom Kollegen Kardinal eingebrachter Antrag auf Schluß der Debatte wurde mit großer Majorität abgelehnt, aber es sollte dennoch zum Schluß der ganzen Versammlung kommen, ehe die Kollegen daran gedacht hatten. Dieses geschah folgendermaßen: Vor etwa 3 Monaten wurden die Kollegen Kardinal und Hoppe beim Zeitansiedeln zu einer öffentlichen Versammlung, die Sonntags stattfinden sollte, von der Polizei erlaubt. Kurze Zeit danach erhielt jeder der beiden Kollegen ein Strafmandat in Höhe von 15 M., welches auch von den beiden Kollegen bezahlt worden ist. Nun stellte Kollege Steier in dieser Versammlung den Antrag, daß die beiden Kollegen das Geld zurückzuhalten oder von der Polizei doch etwas unterstützt werden. Kollege Bartels meinte aber, man solle einmal zu sehen, was sich durch freiwillige Gaben zusammenbringen läßt. Kollege Steier verlangte Abstimmung über seinen Antrag, doch der Vorsitzende entzog dem Kollegen Steier das Wort. Kollege Steier erklärte, daß natürlich nicht gefallen solle und logte er (Steier) hätte sich nicht gegen die Begegnungsbewegung verstanden und verlangte übermals Abstimmung über seinen Antrag. Darauf rief der Vorsitzende mit lauter Stimme in den Saal hin: "Schluß der Versammlung!" Rundum die meisten anwesenden Kollegen dem Vorsitzenden für diese Handlungswise keinen Beifall zollen, so war doch Einer entweder, der dem Vorsitzenden seine Zustimmung nicht versagte und zwar kein Geringerer als der überwachende Beamte, denn er sagte: "Das war wenigstens vernünftig gehandelt." Klappie dann seine Akten zusammen und verließ den Saal.

Frankfurt. Im Saale der "Concordia" tagte am Mittwoch, den 9. Januar, unsere diesjährige Generalversammlung. Vorsitzender Dr. Obrich erstattete den Jahresbericht und erinnerte hauptsächlich an die Errungenschaften bei der Lohnbewegung im dorigen Jahre. Von den im Frühjahr zwecks statistischer Erhebungen in den Bäderen vertheilten Fragebögen kamen von 213 ausgegebenen 190 beantwortet zurück. Mit alter Energie wurde an dem Ausbau der Mitgliedschaft gearbeitet und die Mitgliederzahl von 180 bei Beginn des Jahres, während der Lohnbewegung auf die beträchtliche Höhe von 425 gebracht. Dieser Umstand, als auch die ganze Taktik, welche die Führer der Lohnbewegung handhabten, übte am Erfolgstag, dem 26. Mai, einen wirklichen Druck aus, sodass von 213 Bädermeistern am hiesigen Platz 198 die geforderten Forderungen bewilligten. Die Mitgliedschaft Frankfurt soll darauf sein, ein gutes Stück mittelalterlicher Kunst, das Kost- und Logiswesen im Hause des Meisters, fast gänzlich beseitigt zu haben. Die Führer der Lohnbewegung verstanden es ferner, eine Lohnkommission zu bilden, bestehend aus je drei Vertretern der Meister- und Gehilfenkraft und die demgemäß ausgearbeitete Lohnstala beim Gewerbericht einzurichten. Dieser Erfolg steht bei allen bis jetzt in Deutschland stattgefundenen Bewegungen im Bädergewerke einzig da. Auch die Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises ist als ein schöner Erfolg der Lohnbewegung zu bezeichnen. Durch häufigen Wechsel im Vorstand hat die Mitgliedschaft im Laufe des Sommers einen bedeutsamen Rückgang erlitten und ist die Zahl der Mitglieder wieder auf 306 am Schluß des Jahres gesunken. Erstgeführten haben im vergangenen Jahre 31 Vorstandssitzungen, 14 Mitgliederversammlungen, 16 öffentliche Versammlungen, 8 Lohnkommissionssitzungen, 4 Bezirks- und 1 Arbeitslosen-Versammlung. Auch ist reine Agitation betrieben und einige Mitgliedschaften und Zahlstellen in der Umgebung errichtet worden. An der Diskussion beteiligten sich 2 Kollegen Hözle, Goldstein, Tost und Trageser. Der dritte Punkt der Tagesordnung wird auf Antrag des Rev. K. bis zur nächsten Mitgliederversammlung verlegt.

Der dritte Punkt, Neuwahl des Gesamtvorstandes, ergab folgendes Resultat: Wissel, 1. Vorsitzender; Trageser, Vorsitzender; Nörgel, 1. Kassier; Goldstein, 2. Kassier; Schriftführer; Reuerleber, 2. Schriftführer; Wiedemann, Schriftführer; Kümmel und Fröhlich, Revisoren; Kieß und Gossel, Beichter. Vorsitzender Obrich teilte der Versammlung mit, daß sich die Bädergenossenschaft Frankfurt jedoch gegen die Statuten des Arbeitsnachweises verstoßen hat und ohne den Vertretern der Mitgliedschaft klaren Bescheid zu geben, einen neuen Arbeitsnachweis erträgt hat. In der letzten Vorstandssitzung seien bereits weitere Schritte unternommen worden, "in den Arbeitsnachweis in die die des Verbandes zu reichen und den Meistern dementsprechende Formulare zugeleitet worden. Eine vom Vorstand des Verbandes vom Vorstand der Genossenschaft verlangte und bewilligte Sitzung wird Ausschlag darüber geben, was weiter

in dieser Sache zu unternehmen ist. Nach der sich an diesen Punkt anschließenden Debatte sprach Kollege Roth den Mitgliedern des vorsitzenden Vorstandes den Dank für deren Thätigkeit aus.

Aachen. Am Mittwoch, den 9. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Wir hatten uns mit folgenden Punkten zu beschäftigen: 1. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung; 2. Jahresabrechnung; 3. Vorstandswahl; 4. Verschiedenes. Neben die Einführung der Arbeitslosenunterstützung hielt Kollege Wieders Hamburg einen sehr verständlichen Vortrag. Redner verstand es, den Kollegen ein recht klares Bild vor Augen zu führen, welche Anträge hierzu gestellt sind und wieviel Unterstützung ausbezahlt wird, im Falle, daß dieser Antrag zur Durchführung gelangt. Einige Kollegen, die hierzu sprachen, sind der Meinung, daß unser Verband noch nicht stark genug ist, um schon Arbeitslosenunterstützung zu bewilligen und aus diesem Grunde halten die Kollegen es für ratsam, diesen Antrag vorsichtig zu stellen. Im vergangenen Jahre hatten wir eine Einnahme von 1748,92 M., dem stand eine Ausgabe von 1835,35 M. gegenüber, bleibt ein Bestand der Kasse für 1901 von 213,57 M. Karl. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Memmen, erste Vorsitzender; Christahl, zweiter Vorsitzender; Meppen, Kassier; Koch, erster Schriftführer; Kieß, zweiter Schriftführer; Menken und Böhm, Revisoren; Wöhrl und Hugfeldt, Bezirksschaffner. Wir wollen hoffen, daß der jetzige Vorstand es nicht an gutem Willen fehlen lassen wird und auf zusammen arbeiten auf, auf daß unsere Mitgliedschaft aufgedeckt, zum Punkt "Verschiedenes" wurde ein Nebenstand aus einer kleinen Bäderrei bekannt gegeben, weshalb die Kollegen erfordert wurden, so etwas sofort an den Gesellschausbüch zu melben. Kollege Gruhmann weiß darauf hin, daß die Kollegen nur ihr Germaniabuch abzugeben haben bei der Einschreibung auf der Innungsherrberge. Zum Schluß kam der Kollege Meppen auf unser Weihnachtszeug zu sprechen. Er wußt darauf hin, daß wir schwere Maßnahmen treffen müssen, um ein friedliches Vergnügen zu haben. Daraufhin wurde vom Kollegen Koch der Antrag gestellt, die Radcausmacher von den letzten Vergnügungen in Zukunft von unseren Vergnügungen auszuschließen, ferner zwei Vorstände anzustellen, um im Falle, wenn Streitigkeiten vorkommen, diese den Frieden wieder herzustellen, damit unser Vergnügen nicht gestört wird, wie es Weihnachten der Fall war. Wegen der vorgerückten Zeit wurde dieser Antrag bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. (Nam. d. Schrift.: Kollegen am Mittwoch, den 6. Februar, findet unsere nächste Versammlung statt, versäume es leider, dieselbe zu besuchen, da wir einen sehr wichtigen Punkt auf der Tagesordnung haben, nämlich die Arbeitslosenunterstützung. Deshalb, alle Männer in die Versammlung, auch nicht Einer darf fehlen.)

Berlin. Die Generalversammlung fand am 15. Jan. im Gewerkschaftshaus statt. Die Quartalsabrechnung ergab folgendes Resultat: Einnahme 1027,59 M., Ausgabe 285,89 M., bleibt ein Bestand von 747,68 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde hierauf dem Kassirer Decharge erteilt. Die Jahresabrechnung konnte der Kassirer noch nicht geben. Sodann gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes in dem vergangenen Jahre. Hierauf folgte die Wahl des Vorstandes und wurden folgende Kollegen gewählt: Bristow als erster Vorsitzender, Höpner als zweiter Vorsitzender, Kießler als erster Wiede als zweiter Kassier, Lehner als erster Spülmeister als zweiter Schriftführer, Höpner, Gudrun, Stähmer als Beizirksschaffner, Matzak, Salati, Domat als Beizirksschaffner, Wiedemann als Beizirksschaffner, Schädel und Bauer als Bibliothekare. In die Agitationsskommission wurden Helfbold, Bristow, Höpner und Salati gewählt. Kollege Höpner berichtete, daß die Kollegen Barth, Schneider und Most sehr für Anschluß des Fachvereins an den Verband gesprochen haben, indem sie erklärten, wenn eine Einigung zu Stande käme, es ein besseres Arbeiten ist und daß mit zwei Organisationen nicht viel zu erringen sei, da die Kräfte zu sehr in Anspruch genommen werden, aber Kollege Kieß und das Mitglied Höpner (jetzt Bädermeister) waren sehr dagegen und wurde dann die Einigungsfrage mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Hierauf stellte der Kollege Schneider aus dem Fachverein auf unserer Generalversammlung den Antrag, daß die beiden Vorstände am 22. Januar zusammenkommen, um eine Besprechung über ein gemeinsames Vorgehen gegen den Bädermeister vorzunehmen. Nach einer kleinen Debatte wurde dieser Antrag einstimmig angenommen. Unter "Verschiedenes" wurde bekannt gegeben, daß am 10. Februar ein Maskenball stattfinden wird und am 5. Februar eine öffentliche Versammlung, in welcher der Reichstag abgeordnete Molkenbuhr über die zukünftige Bäderverordnung spricht. Der Maskenball sowie die Versammlung finden in dem großen Saal des Gewerkschaftshauses statt und wurden die Kollegen aufgefordert, eine rege Agitation zu entfalten.

Wiesbaden. Generalversammlung vom 8. Januar in Heiders Brauerei. Nachdem die Monatsgeschäfte erlebt waren, wurde vom Vorsitzenden der Monats- und Jahresbericht vorgelesen. Die Einnahme betrug vom September bis Dezember 468,30 M., die Ausgabe 403,41 M., mithin bleibt ein Bestand von 64,89 M. Es wurde beschlossen, dem Kassirer die von den Mitgliedern bewilligten 5 Pt. zu zahlen. Hierauf wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten und wurde beschlossen, die ersten Drei, den Vorsitzenden, Kassirer und Schriftführer mit Stimmzettel zu wählen, alle Uebrigen per Ullmann. Es gingen aus den 85 abgegebenen Stimmzetteln vorher die Kollegen Rosting als Vorsitzender, Bolte als Kassier und Kieß als Schriftführer. Per Ullmann wurden gewählt die Kollegen Wiedemann als zweiter Vorsitzender, Spiller als zweiter Kassier, Kieß als zweiter Schriftführer, Börsig als Vorsitzender, Spiller als zweiter Kassier, Kieß als zweiter Schriftführer, Wiedemann, Horn, Bischoff und Zug als Beizirksschaffner. Unter "Verschiedenes" wurde beschlossen, eine Vorstandssitzung am Donnerstag, den 10. Januar, einzuberufen, in welcher der Fragebogen berathen werden soll. Die Beschlusssitzung eines Stiftungsfestes wurde wegen zu großer Debatte bis zur nächsten Mitgliederversammlung verlegt.

Essen a. d. R. Die Mitgliederversammlung vom 13. Januar war nur schwach besucht. Eröffnet wurde die Versammlung vom Vorsitzenden Roth mit der Tagesordnung: 1. Referat vom Koll. Bädermeister-Dortmund: "Du sollst den Feiertag heiligen"; 2. Ergänzungswahl des Vorstandes; 3. Entwicklung des Verbandes; 4. Quartalsbericht; 5. Diskussion und Verschiedenes. Kollege Bädermeister legte der Versammlung vor, wie wir die Sonntagsruhe einhalten sollen und müssen, um in unserer Bestrebungen vorwärts zu schreiten. Koll. Roth führte dann noch verschiedene lehrreiche Thatsachen an. Die Ergänzungswahl konnte nicht stattfinden wegen zu schwachen Besuchs, es fehlten nämlich auch vier neugetriebene Vorstandsmitglieder. Hierauf legte der Vorsitzende Roth die Entwicklung des Verbandes und die Schriftzeichen, mit denen wir kämpfen, auseinander und erstellte den leichten Quartalsbericht.

Freitag, den 10. Januar, fand im Vereinslokal zum "Bayerischen Hof" eine Väderversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die geplante Abänderung des 12- resp. 13-stündigen Maximalarbeitsstages und unsere Stellungnahme hierzu (Referent: Max Hegemann aus Mainz); 2. Diskussion. Die Versammlung war von sämmtlichen Mitgliedern besucht. Kollege Hegemann hielt einen 1½ stündigen Vortrag und schloss mit der Aufforderung, Alle fest zusammen zu halten, die Versammlung. Hierauf wurde noch eine Ausnahme gemacht, so daß sämmtliche anwesenden Kollegen dem Verbande angehören.

Almenau i. Th. Am Donnerstag, den 10. v. M.
fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht
war. Nachdem die Kollegen ihre Beiträge entrichtet hatten,
wurde in Bezug auf den Verbandsdag beschlossen, keinen Dele-
gierten dorthin zu senden, da unsere junge Mitgliedschaft noch
zu schwach ist. Kollege Grosche erstattete Bericht über den
Kassenbestand und wurde diesem von den Kollegen Decharge
ertheilt. Von einem in Aussicht genommenen Vergnügen
wurde Absatz genommen, da die behördlichen Bestimmungen
für dasselbe zu ungünstig seien.

(Anm. d. Red.: Die Delegiertenwahl wurde vom Mitglied der Delegiertenwahl zum Verbandsstage warten, bis vom Hauptvorstand die Wahlfreizeitteilung erfolgt ist.)

Leipzig. Zweite Generalversammlung der Mitgliedschaft Leipzig am 13. Januar in der "Flora". Beim Vorstandsbereich warf der Vorsitzende einen Rückblick auf das verflossene Jahr, das arbeitsreich, aber zu aller Zufriedenheit der Mitglieder abgeschlossen wurde. Abgehalten wurden 8 Mitgliederversammlungen, 16 Vorstandssitzungen, mehrere öffentliche und Streitversammlungen. Außer dem vorjährigen Streit wurden noch einige kleine Vorlommisse mit den Konsumvereinen geregelt. Zum 2. Punkt: Kassenbericht teilte der Kassierer mit, daß im verflossenen Jahre eine Einnahme von 2669.08

Ma." und eine Ausgabe von 2309.28 M^t. zu verzeichnen sei, bleibt ein Kassenbestand von 259.82 M^t. Der Mitgliederbestand ist im selbigen Jahre von 165 auf 249 gestiegen. Ein Antrag, den Gesamtvorstand zu entlasten, wurde einstimmig angenommen. Dann wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Ferner wurde beschlossen, ein Wintervergnügen abzuholen; dem Vorstand wurde angeheimgestellt, zu bestimmen, wann und und wo es stattfinden soll. Unter Gewerkschaftlichem Nachdruck beschlossen, die ausgeschlossenen arbeitswilligen Mitglieder, soweit sie das Bedürfnis fühlen, wieder in den Verband aufzunehmen. Auch soll der vorjährige Diskutierclub wieder ins Leben gerufen werden. Wegen des Artikels in der „Deutschen Bäderzeitung“ wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung Leipzigs erklärt sich mit dem Vorgehen der „Leipziger Volkszeitung“ kontra Buchdrucker einverstanden und spricht ihr Bedauern über die einseitige Stellungnahme des Vorstandes und der Rebaktion der „Deutschen Bäderzeitung“ gegenüber den Leipziger Arbeitern aus, da dieselbe die diesem Kampfe vorausgegangene örtliche Streitigkeit absolut nicht leunt.“

(Um m. d. Red.: Wir wollen nicht mit den Leipziger Mitgliedern streiten, wer in obiger Sache Recht hat, denn wir haben keine große Hoffnung, daß sie ihren Standpunkt verlassen, müssen aber ebenso fest auf dem unserigen verharren, der durch keine Resolution geändert wird. Atomisch ist es nur, daß alle Gewerkschaftsblätter einen ähnlichen Standpunkt vertreten, begleichen die meisten Parteiblätter, obgleich sie nach Leipziger Begriffen alle „die vorausgegangene Drödige Streitigkeit abholzen nicht können“. Bei dieser Unterschiedlichkeit kann es doch noch gut kommen, daß der gewerkschaftliche Standpunkt vertreten wird.)

Plauen scher Gründ. Sonntag, den 13. Januar
fand die erste diesjährige öffentliche Bäderversammlung statt.
Die Tagesordnung war: 1. Bericht der Lohnkommission; 2.
Jahresbericht der Zahlstelle; 3. Berichterstattung der Kartell-
delegirten; 4. Neuwahlen; 5. Gewerkschaftliches. Zu Punkt 1
wurden diejenigen Meister bekannt gegeben, welche unsere
lebhafte gemachten Forderungen bewilligt haben. Ferner
wurden diejenigen bekannt gegeben, die es nicht für nöthig
hielten, mit der Organisation zu verhandeln. Es sind dies
folgende Meister: Schreyer, Weißleder, Fehrmann-Nieder-
hählich, Göbel-Rabenau, Kahre-Potschappel, Wolf-Welsch-
hufe, Knöfel-Neubannwitz, Niemer-Kohmannsdorf und
Mühlenbesitzer Mehner-Hainsberg. Es wurde ferner mitge-
theilt, daß in der Egermühle zu Deuben eine Lohnerhöhung
von 2 Ml. stattgefunden hat, dafür ist aber das während der
Arbeitszeit gelieferte freie Brod in Wegfall gekommen, sowie
die Schuhzahl von 150 pro Woche auf 165 erhöht worden.
Es wurde beschlossen, die Sache einstweilen auf sich beruhen
zu lassen. Zum Punkt „Jahresbericht“, teilte der Vertrauens-
mann, Kollege Effenberger, mit, daß die Zahlstelle sich im Laufe
des Jahres verdoppelt habe, was als erfreulich zu bezeichnen ist.
Die Einnahme betrug im letzten Geschäftsjahre 441.73, die
Ausgabe 389.01, blieb Kassenbestand 51.82 Ml. Nachdem die
Revisoren mittheilten, daß Kasse und Bücher richtig befunden
wurden, erfolgte die einstimmige Entlastung des Vertrauens-
mannes. Beim dritten Punkt verlas Kollege Meissner den
Jahresbericht vom Gewerkschaftskartell, der in allen seinen
Theilen für gut befunden wurde. Bei den nun folgenden Neu-
wahlen wurde Koll. Effenberger als Vertrauensmann wieder-
gewählt. Als Revisoren wurden gewählt Buschmann und
Mielisch. Als Delegirte für das Gewerkschaftskartell Scholze
und Kospietsch. Im „Gewerkschaftlichen“ wurde ein Schreiben
des Hauptvorstandes verlesen, in dem dieser um die Bewill-
igung von 20 Mark für die Agitationskommission bat; hierauf
wurden zehn Mark bewilligt.

wurden zehn Mark bewilligt.

Posen. Hier fand am 15. Januar eine Mitgliederversammlung des Posener Junggesellenvereins statt, zu der ich, als ich Kenntniß erhielt, als ungeladener Guest erschien. Der Verein zählt weit über 100 Mitglieder und circa hundert waren anwesend. Ich wurde vom Vorstande in anerkannter, werther, freundlicher Weise aufgenommen. Die Redner sprachen mit einigen Ausnahmen ausschließlich ihre Muttersprache (polnisch). Ein neben mir sitzender Kollege übersetzte mir dies, woraus ich entnehmen konnte, daß der Anfang mit der Kassenabrechnung gemacht wurde, an der sich eine ziemlich lebhafte Debatte knüpfte; in dieselbe wurde auch der leider nicht anwesende Altgeselle hineingezogen. Nachdem noch drei Reden gewählt waren, erhielt ich auf meinen Wunsch das Wort. Ich gab meiner Freude über die freundliche Aufnahme Ausdruck und auch darüber, daß die Kollegen von Posen sich in so großer Zahl zu einem Verein zusammengeschlossen. Dann plädierte ich für die an die Gesellen nunmehr herantretenden Aufgaben zur Wahrung ihrer Interessen, die durch die immer größere werbende Konkurrenz seitens der Meister mit den Füßen getreten werden. Auch den Maximalarbeitsstag und den Kampf, um denselben zwischen Meistern und Gesellen, sowie die schweren Folgen einer drohenden Aufhebung resp. Umwandlung, die dieselbe für das ganze Gewerbe zur Folge habe, zog ich in meine Ausführungen. Nachdem kam ich auf unseren Centralverband zu sprechen und betonte die Vorteile desselben; schließlich kam ich auf einen Anschluß ihres Vereins an den Centralverband zu sprechen, welches mein sehnlichster Wunsch

im Interesse aller, der deutschen wie polnischen Kollegen, sei.
Ich bat noch, mir in deutscher Sprache auf meine Ausführungen zu antworten. Die allgemeine Zustimmung unter den Mitgliedern sowohl wie im Vorstand ließerte mir den Beweis,
dass meine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen waren, selbstverständlich könnte das nun nicht gleich überzeugend gesprochen werden, sondern es bedarf erst der gründlichen Beratung in weiteren Versammlungen. Jedoch scheint der Anschluss in einer der nächsten Versammlungen perfekt zu werden. Wohl an Eure polnischen Brüder, Eure deutschen Kollegen rufen Euch ein herzliches Willkommen entgegen. Karl Rastin a.

R i z b o r f. In der Mitgliederversammlung vom 10. Januar wurde zunächst vom Vorsitzenden der Jahres- und dann vom Kollegen Schimmelpfennig der Rassenbericht gegeben, welcher mit 125.20 Einnahme und 17.18 Ml. Rassen bestand abschließt. Außerdem besitzt die Zahlstelle noch einen Lokalfonds von 25.95 Ml. und wurde beschlossen, diesen der Mitgliedschaftskasse zu überweisen. Als Vorsitzender wurde der Kollege Hegemeister, als Rassicer Kollege Schimmelpfennig, als Schriftführer Kollege C. Redding gewählt. Roll, Stubb verblieb Gewerkschaftsdelegierter. Dann wurde für Donnerstag den 24. d. Ms. eine öffentliche Versammlung bestimmte für die ein Kollege einen wissenschaftlichen Vortrag „Die kulturgeschichtliche Entwicklung des Menschen“ versprach. Mit einem dreifachen Hoch auf unsre Bäderbewegung schloß die Versammlung.

Schwoaboch. Am Mittwoch den 16. Januar hielt
wir im „Gasthaus zum Walfisch“ unsere Versammlung ab.
Als Vorsitzender wurde Kollege Schwartz gewählt, als Kassierer
Kollege Weiglein (Wiederwahl), als Schriftführer Kollege
Frank und zum Revisor Kollege Jäschle; als Gewerkschafts-
delegierter wurde Kollege Wittmann bestimmt. Unter „Ver-
schiedenes“ legte uns Kollege Wittmann hauptsächlich ans Herz,
dass beim Verbande treu zu bleiben und rege zu agitieren.

Wie s b a d e n. Am 15. Januar fand im Lokale „Dr. Könige“ unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche nur schwach besucht war. Nachdem Röll, C. Oppenländer die Abrechnung vom Dezember verlesen u. C. Rehner den Jahresbericht erstattet, folgte die Vorstandswahl. Als 1. Vorsitzender wurde F. Hillinger, als 2. O. Hillinger, als 1. Kassirer C. Rehner, als 2. J. Haag, als 1. Schriftführer G. Lint, als 2. R. Schellenberger gewählt. Kollege C. Rehner wurde einstimmig als Kartelldelegierter gewählt. Nachdem unser Vorstand noch einige fernige Worte an die Mitglieder gerichtet, schloss die Versammlung.

Breslau. Einen flammenden Protest bildete die Versammlung der hiesigen Bäckergesellen, welche am Donnerstag, den 17. Januar, im „Königgrund“ stattfand und von ca. 400 Gesellen besucht war. Dieselbe beschäftigte sich mit der geplanten Umwandlung des Maximalarbeitsstages. Robert Kretschmer aus Hamburg schilderte in trefflichen Ausführungen den ganzen Kampf, der sich um die Erhaltung einerseits und um die Beseitigung derselben andererseits entwickelet hat. Redner beleuchtete die einzelnen Gründe, nach welchen von jener Seite der Kampf geführt wird, alsdann

welchen von jener Seite der Kampf geführt wird, alsdann kam es auf die Gewerberäthe zu sprechen, welche sich zu großen Theil für die Beibehaltung des Maximalarbeitsstages ausgesprochen haben. Ob ein Protest, wie wir ihn in dieser Versammlung erheben werden, an dem Ausgang des Kampfes etwas ändern werde, das sei fraglich, denn so lange die Kollegen sich noch nicht dazu entschließen könnten, für immer für einer Organisation anzuschließen, will ich keine Gewaltmaßnahmen anstreben, welche dieses enden mögen. Denn soviel auch möglich standte weiter, dass man einen gewissen Raum für die Kollegen bei Ausführungen seines Vorredners, auch er selbst, sich der Ansicht an, daß man sich nicht mehr auf die Schule gesehne verlassen soll, sondern endlich zum Selbstschutz greift und den finde man in dem festen Zusammenschluß im Verbande. In der Diskussion beteiligten sich noch die Kollegen Mache und Kastig, alsdann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Bädergesellschaft zu Breslau protestiert auss Reue mit Entrüstung gegen jede Verschlechterung resp. Umwandlung des Maximalarbeitsstages. Sie hört es für unerhölt, daß man ein Arbeitertypus, welche nachts arbeitet und noch dazu Jahr aus Jahr ein ohne jegliche Ruhetag arbeiten muß, noch länger als 12 Stunden täglich arbeiten lassen und dies auf gesetzlichem Wege festlegen will. Eine unvermeidliche Folge davon würde sein, daß Leben und Gesundheit der davon betroffenen Arbeiter in noch höhere Maße Gefahr laufen, als wie dies jetzt schon der Fall ist. Eine weitere Folge ist, daß die Konkurrenz unter den Meistern durch die Möglichkeit einer größeren Ausnützung der Arbeitskraft bedeutend verschärft würde, folglich das ganze Gewerbe in hohem Maße geschädigt würde. Mit Rücksicht hierauf ersucht die Versammlung einen hohen Bundesrat, jede Bestimmung der neuen Vorlage, welche den Gesellen zu Nachtheile gelangt, abzulehnen.“ Noch Erledigung verschiedener Anaelegenheiten wurde die Versammlung in einem brausenden Hoch geschlossen. Das Resultat war eine Aufnahme von ca. 30 neuen Mitgliedern.

Breslau. Gegen die Maßregelung im Konsumentenverein nahm Donnerstag Abend eine Versammlung von Mitgliedern des Vereins Stellung. Stadtverordneter Heyer aus Leipzig stellte in wirkungsvoller Rede das Gebahren des hiesigen Konsumentenvereins dem der von Arbeitern geleiteten Konsumentverein in Leipzig-Plagwitz gegenüber. Besonders führte er die Behauptung der hiesigen Vereinsleitung auf das richtige Maß zurück, wonach das Arbeitsverhältnis im Breslauer Verein das glänzendste sei. Es sei zwar anzuerkennen, daß die Arbeitsverhältnisse der Bäder in der Vereinbäderrei best

Arbeitsverhältnisse der Bäder in den Vereinsbetrieben seien, als in den kleinen Privatbetrieben. Darauf aber besonders stolz zu sein, liege keinerlei Ansatz vor. Vielmehr haben die Mitglieder die Pflicht und Schuldigkeit, dafür sorgen, daß die Angestellten des Vereins eine günstige Arbeitszeit und guten Lohn haben. Die Vereinsleitung habe niemals privaten Profit zu vertheidigen, wie ein Privatunternehmer. Deshalb habe sie sich anders zu den Arbeitern zu stellen, als dieser. Die Mitglieder des Vereins haben deshalb auch keine Pflicht, die Behandlung der Vereinsangestellten zu kontrollieren. Auch bezüglich der Maßregelung der drei Bäder hätten die Mitglieder die Pflicht, ein ernstes Wort mitzureden und die Freiheit der Gesinnung der Angestellten schützen. An den Vortrag schloß sich eine sehr rege Diskussion. Ein Redner beleuchtete das Verhalten der Konsumvereins-Direktion gegenüber den Lagerhaltern, das ebenso manches zu wünschen übrig läßt. Ein Herr Brusch, der sich als Sohn eines Verwaltungsratsmitgliedes vorstellte, erläuterte mit einer edlen Dreistigkeit, die einer besseren Saarwürdig wäre, die Bäder seien nicht wegen ihrer Verbandszugehörigkeit, sondern entlassen worden, weil sie in den Bädern „herumgestanden“ hätten. Diese Unverstornenheit wurde dann von den nächsten Rednern gebührend beimischicht. Kreischafter aus Hamburg fand den lebhaftesten Beifall der Versammlung, als er die Bezeichnung dieser Behauptung als „Lüge“ nannte, für „zu parlamentarisch“ erklärte. Nachdem Herr K., der am Donnerstag Vormittag noch einmal mit der Direktion verhandelt hatte, seine Erlebnisse und vor Allem die nicht

Ablehnungsgründe der Direktion mitgetheilt, bez. Weiteren aber die angeblichen sozialistischen Einrichtungen des Vereins ins rechte Licht gerückt habe, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung, um weitauß größten Theile von Mitgliedern des Breslauer Kom- sum-Vereins besucht, erklärt daß Vorgehen der Direktion in Sachen der Entlassung dreier Böder für völlig unrech- terlich ist, und verlangt, daß in Zukunft jede Einmischung der Direktion in die Privatverhältnisse der Angestellten unter- bleibt. Die Versammlung erwartet, daß die Maßregelung der drei Entlassenen baldmöglichst aufgehoben und das Koalitionsrecht der Arbeiter in Zukunft anerkannt werde.“

Das in städt. Mitgliederversammlung vom 17. Jan.
Tagesordnung: 1. Erhebung der Beiträge; 2. Verschiedenes
über die Generalversammlung; 3. Kassenbericht; 4. Wahl des
Gesamtvorstandes; 5. Verschiedenes. Nachdem der erste
Punkt erledigt war, sprach der Vorsitzende über den zweiten
Punkt der Tagesordnung. Er betonte hauptsächlich, etwaige
Anträge zur Hauptversammlung rechtzeitig zu stellen. Den
Kassenbericht erstattete Kollege Bachran und wurde von den
Revisoren für richtig befunden, worauf dem Kassirer ein-
stimmig Decharge erteilt wurde. Die Wahl des Vorstandes
ergab folgendes Resultat: Hr. Zimmermann als erster, Hr.
Burl als zweiter Vorsitzender, A. Bendhaus als erster, G. Weis
als zweiter Kassirer, P. Bachran als erster, R. Negroth als
zweiter Schriftführer. Zu Revisoren wurden die Kollegen
Dausch und Greim und als Kartelldelegierte die Kollegen
Zimmermann und Burl gewählt. Kollege Pfslug dankte für
das ihm geschenkte Vertrauen im vorigen Jahre und betonte,
dass man den neuen Vorstand ebenfalls unterstützen möge, sowie
den alten. Nachdem noch einige Verbandsangelegenheiten er-
ledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Düsseldorf. Die Versammlung vom 13. Januar war mögig besucht. Nachdem das Protokoll der voriaen Versammlung verlesen, erstattete Kollege Hamers den Bericht der Kasse, welcher von den Revisoren für richtig befunden. Seitens der Mitglieder wurde dem Rassiter hierauf Dechage ertheilt. Alébann bemerkte der Vorsitzende, daß der angelündigte Vortrag über die neue Bäckereiverordnung seitens des Herrn Hub Rabben ausfällt, da derselbe verhindert sei. Jedoch soll der Vortrag in der nächsten Versammlung am 21. d. M. stattfinden resp. ein wissenschaftlicher Vortrag sei. - Es Gewerkschaftsratess, wie Kollege Ostertag mittheile. Außerdem die Beiträge entrichtet, erstattete Kollege Ostertag Bericht über die am 6. d. M. abgehaltene Versammlung des Gewerkschaftsratess. Zugleich machte er bekannt, daß am 12. oder 14. Februar, Abends, im oberen Saal des Gewerkschaftshauses, Bergerstraße, ein Regitator einen Vortrag über Dramen hält, welche das soziale Leben schildern und fast nicht mehr in den Theatern zur Aufführung gelangen oder verboten sind und möchte die Kollegen darauf aufmerksam, wenn es eben möglich, an dem betreffenden Vortrag teilzunehmen, ein solcher besonders für uns sehr lehrreich und nützlich sei. Anzivischen waren noch etliche Kollegen erschienen und wurden zur Vorstandswahl geschritten. Das Wahlresultat ergab die Wiederwahl der früheren Vorstandsmitglieder. Außerdem wurde für jedes Vorstandsmitglied ein Stellvertreter gewählt was früher nicht war. Kollege Ostertag referirte über das Reichsversicherungssamt, welches er sehr lobte, sowie über eine Errichtung eines Central-Sekretariats zu Berlin zur Verteilung bishinreichender Sachen. Darauf folgten weitere

zum Verhandeln und einen tüchtigen Vortrag und eine
gewisse Taktik erfordert, die allerdings nicht leicht zu erlernen
ist. Es ist deshalb sehr ratsam, sich auf solche Versammlungen vorzubereiten. Die Redner sollten dabei
dienen, welche jeder Beschreibung füßen, wo
17 sogar 18 Stunden ununterbrochen gearbeitet wird um
die Reinlichkeit in der Fabrik, sowie in den Schlafstätten der
Arbeiter viel zu wünschen übrig läßt. Er will darauf hin-
weisen, daß es sehr nothwendig sei, solchen Zuständen Einhalt zu
thun und abzuschaffen und bemerkte noch, daß es auch Sachen
der Wohlssöhl. Polizei sei, hier einzuschreiten und einer
stärkeren Einblick in solche Betriebe zu halten, welche aber
dieser Hinsicht sehr nachlässig sei. Auch erwähnte er, daß das
Herbergswesen hierorts sehr zu laden sei, da dort die reisenden
Kollegen ausgesogen werden. Ferner hielt er für noth-
wendig, einen Arbeitsnachweis seitens des Verbandes zu er-
richten, was aber noch eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt.
da der Verband noch zu schwach ist, auf diesem Gebiete etwas
zu leisten. Zum Schluß ermahnte Redner die Kollegen, um
ablässig Kollegen für den Verband zu gewinnen suchen, da
mit derselbe so erstarte und somit in den Stand versetzt
unsere Lage zu bessern, sowie unsere Interessen zu fördern.
Auch meldeten sich noch verschiedene Kollegen zum Wort und
schlossen sich dem Vorredner an. Ein zugereister Kollege von
Dortmund berichtete uns über eine Bäckerei hier in der Liefer-
gasse, wo er einen Kollegen besuchte. U. a. hatte man dort
die Kalendertafel als Erfolg für eine gebrochene Scheibe bei
Fensterscheiben benutzt. Das Zimmer des Kollegen, welches neben
der Bäckerei war, wies einen ganz eigenhümlichen Kleider-
schrank auf, denn eine Bauernscheibe war mit Papier ausge-
kleidet und diente als solcher. Eine Margarinefalte diente zum
Aufbewahren des Hutes und anderer Sachen. Als Wasch-
beden mußte der Gehilfe den Bäckermeister benutzen, da ihm nichts
anderes zur Verfügung stand. Redner gab sich der Meinung
hin, daß es hier noch viele solcher Bäckereien giebt, was auch
wirksam der Fall ist. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen,
die Versammlungen regelmäßig zu besuchen und häufig zu
erscheinen, damit mit der Erledigung der Geschäfte sofort be-
gonnen werden kann, und nicht, wie das bisher der Fall
war, eine halbe Stunde und noch mehr gewartet werden müßt.

Eibersfeld. Mitgliederversammlung vom 29. Mai
Der Vorsitzende Hößmann eröffnete die Versammlung um
3.12 Uhr. Zuerst wurde wegen Erkrankung der beiden
Schriftführer Kollege Hilscher als provisorischer Schriftführer
gewählt. Sodann wurde dem Kassierer Dehars ertheilt.
Als zweiter Kartelldelegierter wurde Kollege Gien gewählt.
Im Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, dass der Ver-
loofung, welche auf dem Kränzchen stattfinden sollte, Abstand
zu nehmen. Auf Antrag des Koll. Gien, betreffs Gründung
einer Zahlstelle der Kranken- und Sterbefälle, wurde der An-
tragsteller gewählt, um sich nähere Informationen darüber
zu verschaffen und die Sache selbst in die Hand zu nehmen
um den Kollegen in einer öffentlichen Versammlung
Zusunft zu ertheilen.

Ehingen. Am Freitag, den 11. Januar, fand in unserem Hotel eine öffentliche Versammlung statt, welche sehr gut besucht war. Kollege Haemmann referierte über das Thema: "Die mißliche Lage der Bädergebäuden und wie diese verbessert werden?" Nachdem der Referent in 1½ stündigem Vortrag den Kollegen vor Augen geführt hatte, daß nur durch die Organisation und festes Zusammenhalten unserer Vereine verbessert werden kann, ließen sich 11 Mitglieder in den Verband aufnehmen. Dem Referenten wurde am Schlusse seiner Ausführungen großes Beifall zugeschaut. Walter Böschende, G. Baum, forderte noch die Kollegen auf, welche noch nicht in den Verband eingetreten sind, sich bis zur nächsten Versammlung zu entschließen. Zum Abschluß wurde noch

unser Kassenbuch revidiert vom Kollegen Hennemann und für richtig befunden.

Anträge

In der am 8. April und folgende Tage in Mainz (Tunshalle, Schlossgartenstraße) stattfindenden Achten Generalversammlung des Verbandes der Bäcker und Brotbacker des Deutschen Reichs.

Der Verbandsvorstand beantragt folgende Statutenänderungen:

§ 4a. „Arbeitslosen und reisenden Mitgliedern.“

§ 6. „Das Beitragsjahr besteht 1 Mr.“

§ 9. „Der wöchentliche Beitrag beträgt 30 Pf. und wird durch Marken im Mitgliedsbuch quittiert.“

Arbeitslosenunterstützung.

§ 10. Mitgliedern, welche mind. stets 52 Wochen dem Verband angehören und für diese Zeit ihre Beiträge entrichtet haben, kann im Falle der Arbeitslosigkeit Unterstützung nach folgenden Bestimmungen gewährt werden:

Nach 52 Wochen Mitgliedschaft pro Tag 75 Pf. bis zur Höchstdauer von 42 Tagen (31,50 Mr.); nach 104 Wochen Mitgliedschaft pro Tag 1 Mr. bis zur Höchstdauer von 42 Tagen (42 Mr.); nach 20 Wochen Mitgliedschaft pro Tag 140 Pf. bis zur Höchstdauer von 42 Tagen (58,80 Mr.).

1. Dieseße beginnt mit dem achten Tage nach Eintritt der Arbeitslosigkeit und darf innerhalb eines Jahres nur auf die Dauer von 42 Tagen gewährt werden. Die Berechnung der Jahresdauer beginnt mit dem ersten Unterstützungsstage.

2. Hat ein Mitglied innerhalb eines Jahres die Unterstützung für 42 Tage erhoben, so kann demselben weitere Unterstützung erst gewährt werden, nachdem dieser Beitrag für weitere 52 Wochen, vom letzten Unterstützungsstage an gerechnet, gezahlt hat.

3. Jede Vorauszahlung von Beiträgen behuts Erlangung der Unterstützung ist unzulässig.

4. Der Eintritt der Arbeitslosigkeit ist innerhalb zweier Tage dem Vorstande reich. Vertrauensmann, oder dem zur Entgegennahme dieser Meldungen beauftragten Verwaltungsmitgliede am Orte, unter Angabe der Gründe des Eintritts der Arbeitslosigkeit, einzutragen. Einzelmitglieder an Orten, an denen sich kein Vertrauensmann befindet, haben diese Anzeige direkt an den Verbandsvorstand zu richten.

5. Als Tag, von welchem ab die siebentägige Wartezeit zu berechnen ist, gilt der Tag der Anzeige. Solche Tage kommen nicht in Betracht.

6. Für jede in die Arbeitslosigkeit fallende Beschränkung gegen Entgelt, wenn auch in anderem Berufe, fällt die Unterstützung weg. Verschweigen von auch nur tageweiser Beschäftigung zieht den Verlust der Unterstützung für die jeweilige Arbeitslosigkeit nach sich, und kann außerdem, auf Antrag der Mitgliederversammlung oder des Verbandsvorstandes, der Ausschluss des Mitgliedes verfügt werden.

7. Mitglieder, welche die ihnen zu ortüblichen Bedingungen angebotene Arbeitsgelegenheit ablehnen, geben der Unterstützung für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit verzicht, ebenso Mitglieder, welche nicht durch Familienverhältnisse an den Ort gebunden sind, wenn dieselben die ihnen zu den üblichen Bedingungen nachgewiesene Arbeit außerhalb des Ortes verweigern.

8. Mitglieder an Orten, wo sich keine Zahlstelle befindet, welche nicht durch Familienverhältnisse an den Ort gebunden sind, kann bei Verlust der Unterstützung durch den Verbandsvorstand verpflichtet werden, während der Dauer der Arbeitslosigkeit ihren Aufenthalt an einer der nächstgelegenen Zahlstellen zu nehmen und vor der Unterstützung zu bezahlen.

9. Wird ein als arbeitslos unterstütztes Mitglied durch Krankheit arbeitsunfähig, so kommt die Arbeitslosenunterstützung in Vergiss. Auf Mitglieder, welche neben der Krankenunterstützung noch Arbeitslosenunterstützung beziehen, findet die Bestimmung der Bißter 6 des Reglements Anwendung.

10. Keine Unterstützung erhaltenen Mitglieder, welche beim Eintritt der Arbeitslosigkeit mehr als 8 Wochenbeiträge restieren. Nachzahlung solcher Beiträge ist nur gestattet, wenn das Mitglied ausdrücklich auf die Unterstützung während der Dauer eines Jahres vom Tage der Nachzahlung an gerechnet, verzichtet und ist ein Vermert hierüber im Mitgliedsbuch zu machen.

11. Laufende Beiträge, sowie Nebenbeiträge bis zu 8 Wochen sind von der Unterstützung in Abzug zu bringen.

12. Lieber die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung entscheidet der Verbandsvorstand.

13. Wenn Mitglieder, welche innerhalb eines Jahres schon Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, auf sie gehen, so wird hier erhaltene Arbeitslosenunterstützung bei der Reiseunterstützung angerechnet. Ebenso umgekehrt, jedoch beide Unterstützungen zusammen innerhalb eines Jahres die in obiger Tabelle vorgesehene Höhe nicht übersteigen dürfen.

14. Jedes Mitglied verzichtet sich, während seiner Arbeitslosigkeit für den Verband thätig zu sein.

15. Zur Kontrolle während der Arbeitslosigkeit hat sich der Arbeitslose täglich mindestens einmal bei der Ortsverwaltung, bzw. bei den vom Hauptvorstand dazu beauftragten Vorständen zu melden, und soll in eine von ihnen ausgelegte Kontrollstelle einzuziehen. Die Tageskunde und den Ort der Meldung bestimmt der damit beauftragte Vorstand und ist der Zeitpunkt der Kontrolle so zu wählen, daß er in die übliche Arbeitszeit fällt. In besonderen Fällen kann der Vorstand Befreiung von der Verpflichtung der täglichen Meldung ertheilen, jedoch darf der zwischen zwei Meldungen liegende Zeitraum zwei Tage nicht überreichen. Eine Befreiung von der täglichen Meldung über zwei Tage hinaus, kann nur in ganz dringenden Fällen (oder Fall eines Angehörigen), Befreiung behördlich bestätigt werden.

16. Den Mitgliedern ausländischer Bruderverbände, insbesondere jenen, welche Verbände den Mitgliedern des Verbandes gleiche Vortheile gewähren, Beitragsjahr über die ortübliche Unterstützung, falls sie gewillt sind, sich in dem Orte lebhaft zu machen, nach Aussicht des Statuts verabschieden, wenn sie ihrer Organisation mindestens 52 Wochen angehört, sich ordnungsgemäß abmeldet und ihre Beiträge voll entrichtet haben.

Reise-Unterstützung.

§ 11. Mitglieder können nur dann Reiseunterstützung erhalten, wenn sie sich ordnungsgemäß abmeldet und

bis zum Tage ihrer Abreise ihre Beiträge entrichtet haben und erhalten nach 26 Wochen Mitgliedschaft Reiseunterstützung bis zur Höchstdauer von 20 Mr., nach 52 oder mehr Wochen Mitgliedschaft bis zu der für die gleiche Zeit der Mitgliedschaft für Arbeitslosenunterstützung vorgesehenen Höhe.

1. Die Auszahlung der Reiseunterstützung geschieht auf Kosten der Hauptklasse und kann in jeder Fahrtstelle 1 Mr. erheben werden. Ebenso darf an einem und demselben Tage nur einmal Unterstützung gezahlt werden.

2. Jeder Unterstützungsbeitrag entsteht innerhalb eines halben Jahres an einer und derselben Fahrtstelle mit einer Reiseunterstützung beziffert.

3. Wer Mitglied die volle Unterstützung innerhalb eines Jahres erhält, so kann denselben weitere Unterstützung gewährt werden, nachdem dasselbe den Wert für weitere 52 Wochen, vom letzten Unterstützungsstage an gerechnet, gezahlt hat.

4. Werden Mitglieder durch Aussperrung, Maßregelung oder Arbeitsseinstellung zur Abreise genötigt, so kann mit Genehmigung der Lokalverwaltung Reiseunterstützung auch ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft sofort gewährt werden, sofern die davon betroffenen bei Verhängung der Aussperrung bezw. bei Ausschluß der Arbeitseinstellung schon Mitglieder waren.

5. Erhält ein auf der Reise befindliches Mitglied außerhalb des Sitzes einer Zahlstelle Arbeit, so hat dasselbe unverweil Anrecht auf die Hauptstelle zu machen und seine Beiträge dorthin zu entrichten; jedoch müssen Mitglieder, welche mit einer benachbarten Zahlstelle in persönlichem Verkehr stehen, ihre Beiträge an diese entrichten und event. Unterstützung bei derselben erheben.

6. Die Auszahlung der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung geschieht durch Quittungen oder Legitimationscheine, welche vom Hauptvorstande ausgegeben werden, und müssen die betreffenden Scheine bei der Erteilung der Unterstützung sowohl mit dem Stempel der letzten Zahlstelle wie mit der Unterschrift des Bevollmächtigten versehen sein.

7. Diese Unterstützungsquittungen sind dem Hauptvorstand mit der monatlichen Abrechnung einzuziehen.

8. Im Abs. 5 fällt weg: „Bei Krankheit“ bis „zu erlassen.“

9. Der letzte Absatz, beginnend: „Im ersten Monat“ wird gestrichen.

10. Anstatt „SS 1“ muß es heißen „SS 4“.

11. Derjenige wird ganz gestrichen.

12. Anstatt „30 Pf. von jedem Monatsbeitrag“ muß es heißen: „5 Pf. von jedem Wochenbeitrag verwenden.“

13. Nach „in der Weise“ soll es heißen: „dass Zahlstellen unter 100 Mitgliedern zu einem Wahlkreise mit mindestens 100 zusammengefasst werden, so daß auf 100 bis 300 Mitglieder ein Delegierter, auf jede weiteren 300 Mitglieder ein Delegierter mehr entfällt. Übersteigt die überschreitende Mitgliederzahl 150, so berechtigt sie zur Wahl eines weiteren Delegirten. Mehr als fünf Delegirte kann eine Zahlstelle nicht entsenden.“

14. Zu dem Punkt „Innere Presse“ beantragt der Verbandsvorstand:

1. Versammlungsberichte sind in Zukunft möglichst aus dem Fachblatte fernzuholen und wird die Redaktion ermächtigt, mit kurze Berichte über wichtige, allgemein interessante Sachen aus dem Mitgliedsstaaten im Fachblatte aufzunehmen, sowie un wichtig Anführungen berüchter Angelegenheiten aus den Versammlungsberichten zu streichen: Auszüge aus den Referaten dürfen in den Versammlungsberichten nicht gebracht werden. Liegt in solchem Referat eine neue Anregung, so soll dieselbe in einem redaktionellen Artikel ausführlich behandelt werden.

2. Auflorderungen zum Versammlungsbesuch oder zur regelmäßigen Beitragszahlung und Pflichterfüllung in der Organisation an die Mitglieder einzelner Städte werden im Fachblatte nicht mehr aufgenommen, da es unsinnige Raumvergeudung ist, in verschiedenen Nummern des Blattes fast dieselben Auflorderungen an die Mitglieder verschiedener Städte zu richten, woran die Leser im Allgemeinen kein Interesse haben. Die Einsender solcher Aufrufe sind darauf zu verweisen, daß es bedeutend billiger und wirkungsvoller in der Agitation ist, wenn solche Aufrufe als kleine Flugblätter oder Handzettel gedruckt und an alle Kollegen des betreffenden Ortes verbreitet werden.

15. G. Sommer - Nürnberg: Um den Mitgliedern wie auch den Agitationskommissionen eine bessere Kontrolle über die Führung der Kassenbüros in den Mitgliedschaften zu ermöglichen, wird der Hauptklasser beauftragt, in jeder Nummer des Fachblattes über die in der vorhergegangenen Woche bei der Hauptstelle eingegangenen Beiträge zu quittieren und bei jedem Posten anzugeben, für welchen Monat das Geld bestimmt ist. Dergleichen sind in jeder ersten nach dem 15. jeden Monats erscheinenden Nummer des Fachblattes die Mitgliedschaften namhaft zu machen, welche für den vorhergehenden Monat oder noch länger nicht mit der Hauptstelle abgerechnet haben.

16. Zur Kontrolle während der Arbeitslosigkeit hat sich der Arbeitslose täglich mindestens einmal bei der Ortsverwaltung, bzw. bei den vom Hauptvorstand dazu beauftragten Vorständen zu melden, und soll in eine von ihnen ausgelegte Kontrollstelle einzuziehen. Die Tageskunde und den Ort der Meldung bestimmt der damit beauftragte Vorstand und ist der Zeitpunkt der Kontrolle so zu wählen, daß er in die übliche Arbeitszeit fällt. In besonderen Fällen kann der Vorstand Befreiung von der Verpflichtung der täglichen Meldung ertheilen, jedoch darf der zwischen zwei Meldungen liegende Zeitraum zwei Tage nicht überreichen. Eine Befreiung von der täglichen Meldung über zwei Tage hinaus, kann nur in ganz dringenden Fällen (oder Fall eines Angehörigen), Befreiung behördlich bestätigt werden.

17. Den Mitgliedern ausländischer Bruderverbände, insbesondere jenen, welche Verbände den Mitgliedern des Verbandes gleiche Vortheile gewähren, Beitragsjahr über die ortübliche Unterstützung, falls sie gewillt sind, sich in dem Orte lebhaft zu machen, nach Aussicht des Statuts verabschieden, wenn sie ihrer Organisation mindestens 52 Wochen angehört, sich ordnungsgemäß abmeldet und ihre Beiträge voll entrichtet haben.

18. Die Reiseunterstützung wird ausgeschüttet:

Breslau. R. Rastling, Breitestr. 36-37.

Bahnhof. F. Fischer, Erlangerstr. 30.

Düsseldorf. Gasthaus Marx, (v. 10-11 Uhr) Böttingerstr. 30.

Freising. Gg. Niedhammer, Luckengasse 868, I.

Ludwigshafen a. Rh. Restaur. Trixels, Bismarckstr. 1.

Plauen i. Vogtl. R. Kröniger, Konsumbäckerei, Umtsberg.

Hemscheid. H. Seidel, Schützenstr. 27 b.

Strasburg i. E. R. Lang, Kronenburgerstr. 18.

Verleihrätselkate der Verbandsmitglieder.

Bremen. F. Rusche, Jakobistr. 28.

Breslau. Heider Brauerei, Herrenstr. 19.

Düsseldorf. Gasthaus Marx, Böttingerstr. 30.

Freising. Gasthaus „Bayerischer Hof“.

Heilbronn. Gasthaus „Zum Schloss“.

Mainz. Gasthaus zum „Goldenen Löwen“, Christuskirche.

Erlangen i. E. Gasthaus „Zur Mühle“, Langstraße.

Wermelskirchen. Gasth. „Zur Landeskrona“, Am Markt.

Für die Rebellen verantwortlich: D. Altmann, Hamburg.

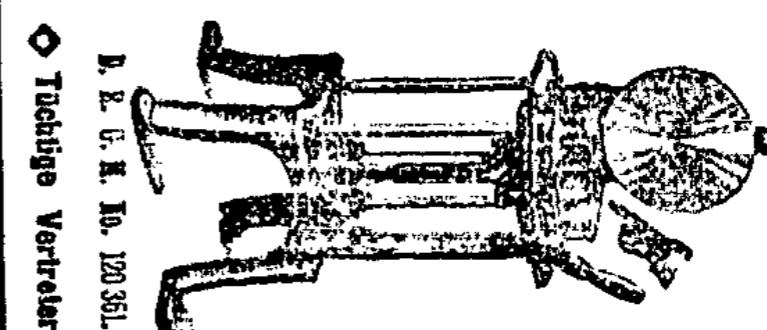
G. Schmid, 28. — Verlag von D. Altmann, Hamburg.

Druck von Dr. Meier, Hamburg-Gilbel, Friedenstr. 4.

Rosenheim (Bayern). Restaurant Frühlingsgarten

Herberge, Verbands- u. Verleihrätselkate der Bäcker. Treffpunkt jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag. Besitzer: Josef Löw.

Rohrhaltiges Lager in sämtlichen Bäckerei- und Konditorei-Bedarfsartikeln.



Zeigheimmaschinen,
auch bekannt hervorragend: Verbesserung.
Neu! Messer über dem Teigylinder herausstellbar, bequeme, leichteste Reinigung, ohne dasselbe herauszunehmen.
Feinste Referenzen im In- u. Ausland.
Alb. Mohr & Co. Maschinen-Fabrik, Halle a. S.
Magdeburgerstrasse 57 (5 Minuten vom Bahnhof). Vor minderwertiger Nachahmung wird gewarnt!

Prospekt e und Kostensammlung gratis.

Versammlungs-Anzeiger.

Arlona. Mitgl.-Verf. Mittwoch 6. Februar, Nachm. 4½ Uhr, bei Edhoff, Gr. Freiheit 58-60.

Bremen. Mitgl.-Verf. Sonntag, 10. Februar, Nachm. 3½ Uhr, bei Herrn Rusche, Jakobistr. 28.

Braunschweig. Mitgl.-Verf. Sonntag 3. Februar, Nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Berlinerstr. 32.

Düsseldorf. Mitgl.-Verf. Sonntag, 27. Jan., im Verbandslokal.

Düsseldorf. Mitgl.-Verf. Sonntag, 10. Februar, Nachm. 11 Uhr, im Verbandslokal, Ratingerstr. 30.

Darmstadt. Düssentl. Verf. Sonntag, 28. Februar, im Ludwigshalle, Obergasse.

Erlangen. Mitgl.-Verf. Sonntag, 3. Februar, bei Reul, gr. Klohbahn.

Essen a. d. Rh. Mitgl.-Verf. Sonntag, 10. Februar, bei Herrn Legenhardt, Bergstr. 19.

Gorlitz i. L. Mitgl.-Verf. Sonntag, 3. Februar, Nachm. 3½ Uhr, bei St. Schulz, Karlsstr. 6.

Hagen i. W. Düssentl. Verf. Sonntag, 10. Februar, bei Herrn Ernebuth.

Hannover. Mitgl.-Versamml. Sonntag, 3. Februar, bei Wiele, Knochenhauerstr. 7.

Ischoe. Düssentl. Verf. Mittwoch, 6. Februar, Nachm. 4 Uhr, bei Wiedhorst, Sandberg.

Lübeck. Mitgl.-Verf. Sonntag, 3. Februar, im Vereinshaus, Johanniskirch. 50.

Magdeburg. Düssentl. Verf. Donnerstag, 31. Januar, Nachm. 4 Uhr, im Dreikaiserbund, Gr. Stortzstr. 7.

Neustadt a. d. S. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 21. Jan., im Gasthaus „Zur schönen Beckstube“.

Offenbach a. M. Mitgl.-Verf. Dienstag, 5. Februar, Nachm. 2 Uhr, in der „Stadt Heidelberg“, Gr. Biergrund 43.

Plauen i. Vogtl. Düssentl. Verf. Dienstag, 12. Februar, im Elsterthal, Dörrntherstr.

Nösenheim. Generalversamml. Sonntag, 27. Jan., Nachm. 2 Uhr, im „Frühlingsgarten“.

St. Johann-Saarbrücken. Mitgl.-Versamml. Sonntag, 3. Februar, Nachm. 4 Uhr, im „Kaiseraal“, Hafenstrasse 9. (Am 3 Uhr: Vorlesung in der Hoffnung).

Würzburg. Düssentl. Verf. Freitag, 8. Februar, Nachm. 3 Uhr im Gasthaus „Zum Oden“.

Wormskirchen. Düssentl. Verf. Sonntag, 10. Februar, Nachm. 3 Uhr, bei Disse, Am Markt.